76. Jahrgang. Nr. 440 Sonnabend, 17. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 961
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.60 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 Mk. einschließlich 66 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 80 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Frisenabschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Entwicklung der Rüstungsfrage

Keine schriftliche Antwort an Frankreich

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Sept. Die Tatsache, daß die in der nächsten Woche beginnenden Beratungen des Büros der Abrüstungskonferenz ohne Teilnahme Deutschlands vor sich gehen werden, hat nicht nur in Genf selbst, sondern auch in den übrigen interessierten Hauptstädten, trotzdem der deutsche Schritt in keiner Weise überraschend kam, doch wie eine Sensation gewirkt. Ganz allgemein ist man der Auffassung, daß jetzt Frankreich das Wort zu sprechen hat, das das endgültige Scheitern der ganzen Abrüstungsbestrebungen vermeiden kann. Unverhohlen wird darauf hingewiesen, daß nicht nur die Abrüstungsbestrebungen zu einem kläglichen Ende verurteilt sind, sondern daß auch bei der Tagung des Völkerbundsrats und der Vollversammlung, die für den 28. September bevorsteht,

das Ansehen des Völkerbundes und seiner Friedensideale den allerschwersten Schaden erleiden muß, wenn Frankreich die unversöhnliche Haltung, die in seiner Antwortnote an Deutschland zum Ausdruck kam, weiter beibehält.

Ja, es finden sich sogar schon Stimmen, die erklären, daß einer vollkommen ergebnislos verlaufenen Abrüstungskonferenz ein auseinanderbrechender Völkerbund auf dem Fuße folgen würde. Die Beunruhigung, die diese Erkenntnisse nicht zuletzt in England, das bekanntlich in der Person Hendersons den Präsidenten der Abrüstungskonferenz gestellt hat, ausgelöst haben, hat bereits dazu geführt, daß ein in der englischen Politik eine so maßgebliche Rolle spielender Mann wie Lord Robert Cecil zum **Ausdruck brachte, Deutschlands Forderung sei unwiderlegbar.** Eine fast noch stärkere Beunruhigung zeigt sich in Italien, wo namentlich die Presse den größten Besorgnissen Ausdruck gibt und Frankreich nachdrücklichst ermahnt, dem nur zu berechtigten deutschen Anspruch auf gleichberechtigte Stellung endlich Genüge zu tun. Man weist Frankreich auch darauf hin, daß es durch sein Verharren an abwegig gewordenen Sicherungsbestrebungen schließlich nur erreichen werde, daß Deutschland sich wieder „zu einer der machtvollsten Kriegsorganisationen" entwickele, wenn das im Versailler Vertrag niedergelegte Versprechen der allgemeinen Abrüstung nicht eingelöst werde. Wenn nun auch die Behauptung, daß Deutschland wieder eine der „machtvollsten Kriegsorganisationen" werden könnte, ohne Zweifel ein wenig übertrieben ist, so kommt doch in ihr die Befürchtung vor einem allgemeinen Wettrüsten zum Ausdruck, das naturnotwendig einsetzen müßte, wenn die jahrelangen Abrüstungsversuche jetzt an der starren Haltung Frankreichs scheiterten.

Gerade das Italien Mussolinis hat sich nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen immer wieder für die endliche Abrüstung eingesetzt,

und nun, wo man sehen muß, daß Frankreich alle Ermahnungen und Hinweise in den Wind schlägt, hält man es für angebracht, gegenüber diesem Lande auch einmal stärkere Töne anzuschlagen und es daran zu erinnern, daß es nicht dem Frieden diene, sondern vielmehr den Frieden auf das schwerste gefährde, wenn es Deutschland weiterhin als einen Staat zweiter Klasse behandle.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat inzwischen bereits Versuche unternommen, um zwischen der strikten Ablehnung der deutschen Wünsche durch Frankreich und der deutschen Entschlossenheit, endlich als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden, zu vermitteln. Wie man nach den letzten Meldungen hört, hat sich Henderson davon überzeugen müssen, daß der sonst so beliebte Weg des Kompromisses hier nicht einzuschlagen ist, und daß Deutschland in der prinzipiellen Frage der Gleichberechtigung nicht daran denkt, die Pflöcke etwa wieder zurückzustecken. In die nun in vollem Gange befindlichen internationalen Erörterungen, ob man am 21. September ohne Deutschland die Verhandlungen aufnehmen soll oder nicht, hat die Reichsregierung insofern nochmals eingegriffen, als der Außenminister dem französischen Botschafter François Poncet gegenüber neuerdings erklärt hat, daß mit einer bloßen Fortsetzung des Meinungsaustausches den deutschen Ansprüchen nicht zu genügen sei.

Von einem weiteren Notenwechsel könne sich die Reichsregierung nicht die geringste Förderung der Sache mehr versprechen,

und sie werde deshalb auch davon absehen, die letzte französische Note, die das Problem der Gleichberechtigung sowohl in seinen Voraussetzungen wie in seinen Folgen unrichtig auffaßt, schriftlich zu beantworten. Zu einem Meinungsaustausche auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen hat sich die Reichsregierung bereit erklärt, sofern diese mündlichen Unterhaltungen die Gewähr dafür bieten können, daß man sich dazu bequemt, die Berechtigung der deutschen Forderung anzuerkennen. Auch den Vertretern der übrigen Regierungen ist zum Ausdruck gebracht worden, daß Deutschland an seinem Anspruch festhalte und nicht daran denke, sich von ihm wieder abbringen zu lassen. Somit ist die französische Regierung vor eine unausweichliche Entscheidung gestellt worden, und in den politischen und diplomatischen Kreisen sieht man dieser Entscheidung mit der größten Spannung entgegen, da von ihr für die weitere Entwicklung der Dinge in Europa sehr viel abhängen wird.

Der Brief an Henderson veröffentlicht

Berlin, 16. Sept. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsaußenminister hat unter dem 14. d. M. an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Herrn Henderson, das nachstehende Schreiben gerichtet:

„In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Resolution vom 23. Juli d. J. vorausgingen, hat der Führer der deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte. Er hat dabei ausgeführt, daß nach dem Stande der Konferenzverhandlungen die Frage der Gleichberechtigung der bewaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe. Dementsprechend hat er bei diesem Anlaß die Erklärung abgegeben,

daß sich die deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.

Nachdem die Resolution gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht schon jetzt fest, daß die künftige Abrüstungskonvention außerordentlich weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleiben und daß sie sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Es liegt auf der Hand, daß ohne Beantwortung dieser Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden, und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt.

Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell als möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, **daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September d. J. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann. Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung,**

daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist.

Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach deren Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden."

---

v. Papens Antwort auf Görings Klage

Berlin, 16. Sept. Wie aus der Wilhelmstraße verlautet, wird der Reichskanzler auf die Klage Görings im Rahmen des üblichen Prozeßverfahrens antworten lassen und dabei die Gründe, die ihn zu seinem Schreiben an den Reichstagspräsidenten und zu seinen Ausführungen über das Verhalten des Reichstagspräsidenten veranlaßt haben, ausführlich darlegen. Man wird aber auch darauf hinweisen, daß der Reichspräsident von Hindenburg selbst den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit der Handlungsweise des Reichstagspräsidenten durch Schreiben des Staatssekretärs Dr. Meißner an Göring hat unterstreichen lassen. Ob das Gericht das Hauptverfahren eröffnen wird, ist zweifelhaft. Wahrscheinlich wird die Angelegenheit den Weg der Privatklage gehen, wobei noch nicht zu übersehen ist, ob das Gericht sich für befugt halten wird, die dem Klageverfahren zugrunde liegenden verfassungsrechtlichen Streitfragen zu entscheiden.

Göring vor der ausländischen Presse

Berlin, 16. Sept. Die Presseleitung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion teilt mit: Reichstagspräsident Göring empfing am Freitagnachmittag im Präsidentenhause die Vertreter der gesamten ausländischen Presse, um ihnen die staatspolitischen und staatsjuristischen Fragen darzulegen, die nunmehr bei dem Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag eine Rolle spielen.

Wirtschaftliche Gleichberechtigung

Zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung gehört vor allem auch die Anpassung der Forderungen unserer Landwirtschaft auf Kontingentierung der Einfuhr fremder entbehrlicher Nahrungsmittel an die wichtigen Exportinteressen unserer Industrie. Eine Verordnung des Reichspräsidenten, die diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt, steht unmittelbar bevor. Dazu kommt die Inangriffnahme eines Abkommens mit unseren Auslandgläubigern, das die Senkung der Zinssätze für die 23 Milliarden ausländischer Verpflichtungen zum Gegenstand hat. Die Lösung dieses Problems ist für Deutschland eine lebenswichtige Schicksalsfrage, weil die Auslandzinsen in ihrer jetzigen Höhe weder mit den gegenwärtig herrschenden internationalen Zinssätzen, noch mit dem Ueberschuß aus unserem Auslandgeschäft in Uebereinstimmung stehen. Der deutsche Ausfuhrertrag ist viel zu gering geworden, um aus ihm auf die Dauer die Devisen zu erwirtschaften, die für unsere Auslandverpflichtungen erforderlich sind. Vor allem ist die Risikoprämie, die das Ausland bei der Gewährung von Anleihen einkalkuliert hat, angesichts der gesicherten Verhältnisse in Deutschland, zumal seit der nahezu völligen Beseitigung der Tribute, nicht mehr gerechtfertigt. Im Gegenteil, gegenwärtig wächst mit der Höhe der Risikoprämie auch das Risiko des Auslandes, seine Zinszahlungen pünktlich zu erhalten. Unsere Gläubiger werden sich also daran gewöhnen müssen, von uns in Zukunft keine höheren Zinsen mehr zu erhalten, als sie international üblich sind. Schließlich ist das Risiko der Geldanlage in Deutschland nicht größer, als in irgendeinem anderen west- und mitteleuropäischen Staat. Die Regierung, die den Kampf für die politische Gleichberechtigung Deutschlands aufgenommen hat, wird mit der Frage der Senkung der Auslandzinsen auch den Kampf um unsere wirtschaftliche Gleichberechtigung zu Ende führen müssen. Denn die Senkung der Zinsen für Auslandanleihen, die auf den deutschen Unternehmungen lasten, ist ein dringendes Erfordernis der Ankurbelung unserer Wirtschaft. Daneben muß jedoch vor allem der Reichsbankdiskont gesenkt werden. Die Absicht dazu haben Regierung und die dafür zuständige Reichsbank schon lange. Man hätte am liebsten innerhalb der Regierung eine solche Diskontsenkung gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Verordnung zur Belebung der Wirtschaft vorgenommen, um die moralische, das Vertrauen steigernde Wirkung des Programms auf diese Weise noch kräftiger und eindrucksvoller zu gestalten. Leider bestehen in der Frage der Diskontsenkung ebenfalls internationale Bindungen aus dem Youngplan, an deren rascher Beseitigung die Regierung arbeitet. Also auch in dieser, doch bestimmt nur uns angehenden Frage gilt es, erst die Gleichberechtigung mit den anderen Staaten durchzusetzen. Jedes andere Land würde es sich auf das energischste verbitten, wenn ihm andere Staaten in die Frage der Festsetzung des Zinssatzes seines Zentralnoteninstituts hineinreden wollten.

Erörtern wir, bevor wir zu der Frage der Befreiung unserer Reichsbank von internationalen Bindungen Stellung nehmen, zunächst die Frage der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Diskontsenkung. Auf ihre belebende Wirkung kann vor allem deshalb nicht verzichtet werden, weil sehr viele Geschäftsmöglichkeiten so lange nicht ausgenützt werden können, als ein Diskontsatz von 5 Prozent angesichts der geringen Gewinnchancen im Auslauf der Krise zu hoch und zu riskant erscheint. Hinzu kommt, daß mit einer Diskontsenkung um 1 Prozent, wie sie geplant ist, automatisch die Verzinsung der Bankkredite um denselben Betrag zurückzugehen pflegt. Das Ausland ist schon sehr lange im Genuß besonders billiger Diskont- und Zinssätze und kann auf diese Weise seiner Wirtschaft eine Erleichterung angedeihen lassen, zu der wir leider infolge unserer Kapitalknappheit auf lange Zeit hinaus nicht in der Lage sein werden. So hat England seit dem 1. Juli d. J. einen Diskontsatz von nur 2 Prozent. Dieser Tiefstand ist um so bemerkenswerter, als der englische Diskont lange Zeit zur Verteidigung gegen die französischen Währungsangriffe zwischen 5 und 6 Prozent stand. Die Belebung der englischen Wirtschaft, die seit einiger Zeit erhebliche Fortschritte gemacht hat, ist sicher mit auf den billigen Diskontsatz zurückzuführen. Ebenso niedrig ist der Diskontsatz in der Schweiz, und zwar schon seit Anfang dieses Jahres. Frankreich, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Holland haben gleichfalls seit vielen Monaten einen offiziellen Zinssatz von 2,5 Prozent. Was diese Sätze für die Ueberwindung der Krise bedeuten, erhellt am besten daraus, daß von jeher billige Kredite sich als der stärkste Anreiz für Wiederbelebung der Konjunktur gezeigt haben. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Senkung des Diskontsatzes sind in Deutschland schon seit geraumer Zeit gegeben. Bei der Reichsbank ist in zunehmendem Maße eine starke Entlastung festzustellen. Ihre Ueberbeanspruchung, die durch die Kreditkrise des vorigen Jahres vor allem durch die Wiederflottmachung der festgefahrenen Banken verursacht wurde, ist überwunden. Der Reichsbankpräsident hat auch